

Eine grünere Erde für eine gerechtere Welt

Seit mehr als 25 Jahren geht die Ecolo-Partei von der Überzeugung aus, dass dringend ein gerechtes und nachhaltiges Gleichgewicht zwischen unseren sozialen, wirtschaftlichen und umweltbezogenen Ansprüchen hergestellt werden muss.

Das Dreieck der Nachhaltigkeit (Soziales, Ökonomie und Ökologie) bildet die Grundlage unserer Überlegungen und unseres Einsatzes. Es geht nicht darum, eines dieser drei Elemente auf Kosten der andern zu bevorzugen; sinnvoll ist für uns nur, sie im Verbund miteinander und unter Berücksichtigung ihrer Wechselbeziehungen anzugehen.

Unsere Vorschläge wurzeln in der Überzeugung, dass die Ökologie und der Kampf für Gerechtigkeit fest miteinander verbunden sind. Wer sich für die Rettung des Ökosystems Erde einsetzt, schafft die Voraussetzungen für eine gerechte Welt für alle, die heute und in der Zukunft unsern Planeten bewohnen.

Das Bewusstsein für die Bedeutung der Ökologie hat sich in der letzten Zeit endlich verschärft. Immer mehr Menschen haben begriffen, dass es äußerst dringend ist zu handeln und unverzüglich den ökologischen Übergang zu einer Gesellschaft anzugehen, die gleichzeitig den Menschen und seine Umwelt respektiert.

Soll diese Herausforderung gelingen, dürfen politische Entscheidungen nicht von der Wirtschaft diktiert werden, sondern müssen sie das Ergebnis demokratischer Prozesse sein.

Ecolo will eine Politik in Bewegung bringen, die erlaubt, gleichzeitig

- den ökologischen Fußabdruck Belgiens zu verringern,
- die Klimaveränderungen aufzuhalten,
- die Entwicklung neuer Aktivitäten in grünen Bereichen anzukurbeln,
- in Anbetracht der enormen Ungleichheiten für mehr soziale Gerechtigkeit, sowohl auf Weltebene als auf Ebene Belgiens, zu kämpfen,
- den Dialog zwischen Kulturen und Generationen zu fördern und
- vor allem die Lebensqualität eines jeden von uns zu verbessern.

In unseren Gesellschaften ist der Reichtum immer schlechter verteilt. Die Reichen werden immer reicher (und mächtiger), die Armen immer ärmer. Die „Ausgeschlossenen“ bleiben außen vor. Immer mehr Personen leben an der Armutsgrenze, entweder als Arbeitnehmer mit unsicherem Statut oder mit unzureichendem Lohn, als Rentner, deren Einkommen von Jahr zu Jahr schrumpft, als Alleinerziehende oder als Jugendliche auf der Suche nach dem ersten Arbeitsplatz.

Für Ecolo sind die Förderung von Gerechtigkeit und Sozialer Sicherheit untrennbar mit der Ökologie verbunden. Die Ökologie ist nicht einer kleinen Gruppe Privilegierter vorbehalten. Sie muss allen zugänglich sein, denn die Auswirkungen einer wirklich ökologischen Politik kommen jedem zugute, ob er nun alt ist oder jung, krank oder bei bester Gesundheit, Belgier oder Zugezogener. Wirklich ökologische Politik sorgt sich insbesondere um die Situation der Menschen in unsicheren Verhältnissen, denn diese tragen als erste die Folgen eines mangelhaften Umweltschutzes.

Nach vier Jahren eines liberal-sozialistischen Managements ohne Visionen und ohne Auswirkungen auf die hauptsächlichen Herausforderungen unserer nächsten Zukunft braucht Belgien die Grünen!

Ecolo ist bereit, Verantwortung zu übernehmen: es geht darum, zu dienen und nicht sich selbst zu bedienen. Es geht darum, unsere Überzeugungen und unsere Kompetenzen im Umwelt- und Sozialbereich, sowie unsere Absicht, Politik anders zu gestalten und echte Demokratie walten zu lassen, zum Einsatz zu bringen.

10 Prioritäten hat Ecolo im Vorfeld der Parlamentswahlen vom Juni 2007 für die kommenden Legislaturperioden festgelegt.

10 Prioritäten aus einem ausführlichen Programm mit 500 konkreten Vorschlägen, die mit einem offenen Ohr für die Erwartungen der BürgerInnen und der Zivilgesellschaft zustande gekommen sind.

10 Prioritäten, die für alle BürgerInnen dieses Landes von Bedeutung sind.

I. SCHWERPUNKT UMWELT

Eine „Nationale Union für das Klima“ schaffen (Nationales Bündnis)

Koordiniert durch die föderale Ebene, muss das „Nationale Bündnis für das Klima“ alle Entscheidungsebenen, BürgerInnen, Regionen, Gemeinschaften, Gemeinden, Gewerkschaften, Unternehmen und Umweltorganisationen mobilisieren. Diese Union muss bis zum Jahr 2020, also innerhalb von drei Legislaturperioden, mit Hilfe von 32 wirkungsvollen Maßnahmen die Treibhausgasemissionen um 30 % senken.

Zuerst einmal sollte der Staat mit gutem Beispiel vorangehen,

- indem er Schwerpunkte setzt durch Nachhaltigkeitskriterien für öffentliche Märkte und nachhaltige Energiewirtschaft
- indem er großzügig in Forschung und Innovation investiert (1Mia € in Research & Development Services in Zusammenhang mit Nachhaltiger Entwicklung)
- indem er die Schaffung nachhaltiger Arbeitsplätze fördert, die qualitativ hochstehend sind und nicht ausgelagert werden können.

Politische Entschlossenheit muss aus der Not (die Notwendigkeit des Umdenkens) eine Tugend, eine echte Chance für unsere Wirtschaft machen.

Zum Nutzen aller 4 Mia € freisetzen, um den belgischen Immobilienpark energiemäßig auf Vordermann zu bringen

Die Wohnhäuser erzeugen gut 1/3 der CO₂-Emissionen. Daher müssen Wärmedämmung und Heizungen von Grund auf renoviert werden. Die Finanzierung über Contracting muss Einzelpersonen, Kollektivitäten und Unternehmen zugänglich sein, zum Nutzen der Umwelt und zur Verringerung der Energiekosten. Dabei muss denen Vorrang gewährt werden, deren Energiekosten das Budget am schwersten belasten, insbesondere den Personen mit mittlerem und niedrigem Einkommen und den Schulgebäuden. Zusätzlich zum ökologischen Nutzen erlaubt die Verringerung der Energiekosten langfristige Einsparungen und setzt somit zusätzliche Finanzmittel frei zum Nutzen aller, vor allem derjenigen die ihrer am meisten bedürfen.

Auf diese Weise kann Belgien seinen unrühmlichen 24. Platz von 27 europäischen Ländern bei der Energieeffizienz-Einstufung verlassen! So, wie es in Deutschland dank der Wärmeschutzverordnung geschieht, die strikte Auflagen zur Verringerung des Heizwärmebedarfs enthält. So können auch Arbeitsplätze geschaffen werden.

In Öffentliche Verkehrsmittel investieren, um sie fahrgastfreundlicher zu gestalten

Der Transport-Sektor ist verantwortlich für 20% der CO₂-Emissionen; folglich ist auch in diesem Bereich ein ehrgeiziges Aktionsprogramm erforderlich. Bevorzugt sollen möglichst saubere Transportmittel zum Einsatz kommen. Insbesondere die Öffentlichen Verkehrsmittel müssen verbessert werden. Um attraktiv zu sein, müssen sie pünktlicher und komfortabler werden und mit angemessener Frequenz verkehren. Bahnhöfe und Haltestellen dürfen nicht weiter gestrichen werden. Das bestehende Netz muss ausgebaut werden. Im Einzugsbereich von Brüssel und anderen Großstädten muss ein RER-Netz entstehen, das die Verknüpfung aller Transportträger erlaubt. Eine „Hypermobil“-Karte (Kreditkarte, die ausschließlich durch den Arbeitgeber bezahlt wird) könnte nach und nach die Firmenwagen ersetzen. Den Angestellten würde so kostenfrei ein Cocktail an Verkehrsmitteln (SNCB, Thalys, TEC, Taxi, Fahrrad) geboten.

Günstigere Preise für umweltfreundliche Produkte ermöglichen

Hiesige Qualitätsprodukte konsumieren und damit eine landwirtschaftliche Praxis unterstützen, die respektvoll mit Böden und Artenvielfalt umgeht ; sich für umwelt- und gesundheitsfreundliche Materialien und Produkte entscheiden ; energieeffiziente und nachhaltige Haushaltsgeräte und Ausrüstungsgegenstände wählen: das sind positive Entscheidungen für die Zukunft, die es zu ermutigen gilt.

Dies kann insbesondere durch eine Senkung der MWSt., durch Prämien und -falls erforderlich- ganz einfach durch ein Verbot von Produkten, die schädlich für Umwelt und Gesundheit sind, erreicht werden. Mit solchen Maßnahmen kann man die Entscheidungen von Herstellern wie Verbrauchern in richtige Bahnen lenken, sie zu Entscheidungen veranlassen, die dem Planeten nicht schaden, für die lokale Wirtschaft vorteilhaft und noch dazu qualitativ besser sind.

II. ÖKONOMIE UND SOLIDARITÄT

Schaffung nachhaltiger Arbeitsplätze fördern

Ein Arbeitsplatz ist nachhaltig, wenn er in einem sozial nützlichen Sektor angesiedelt ist, der Umwelterhaltung dient, dazu beiträgt die Lebensqualität zu verbessern und nicht ausgelagert werden kann.

Die Schaffung nachhaltiger Arbeitsplätze kann man fördern

- indem man die 120 Milliarden Euro der Pensionsfonds zur Schaffung nachhaltiger Arbeitsplätze verwendet. Diese spekulativen Gelder müssen zur Entwicklung der Wirtschaft beitragen, insbesondere durch Unterstützung der kleinen und mittleren Unternehmen, die zahlreiche neue Arbeitsplätze schaffen, und durch die Förderung neuer grüner Technologien;
- indem man die Sozialabgaben bei Niedriglohnkategorien senkt; diese Senkung muss jedoch zwingend an die Verpflichtung, neue Arbeitsplätze zu schaffen, gekoppelt sein;
- indem man die Beschäftigungslage im nicht-kommerziellen Sektor und in der Sozialwirtschaft verbessert.

Die Sozialleistungen verbessern, insbesondere die Familienzulagen und die Pensionen, vor allem die niedrigsten

Die Soziale Sicherheit muss als ein soziales Sprungbrett dienen und nicht nur als Auffangnetz: Pensionen, die für die Lebenshaltungskosten nicht reichen, zu geringe soziale Mindestleistungen und zu niedrige Löhne bringen immer mehr Menschen in unsichere Verhältnisse, wo sie vom sozialen Ausschluss bedroht sind.

Die sozialen Mindestleistungen müssen angehoben werden, so dass jedem Menschen ein Einkommen zur Verfügung steht, das mindestens der Armutsgrenze entspricht. Die Niedriglöhne, die seit mehr als 10 Jahren nicht mehr angepasst wurden, müssen aufgebessert werden. Die Familienzulagen müssen vor allem für die Kinder von Selbstständigen angehoben werden. Zusätzlich zur Erhöhung der Rentenbeträge muss eine föderale Pflegeversicherung eingeführt werden, um der Verlängerung der Lebensdauer gerecht zu werden. Das wird zum einen die Lebensqualität der älteren Menschen verbessern, zum anderen Arbeitsplätze in den Hilfs- und Pflegeberufen schaffen.

Ältere Menschen sollen so lange wie möglich in den eigenen vier Wänden leben können. Dazu brauchen wir mehr angepasste Wohnungen und Begleitmöglichkeiten.

Alleinstehenden und Familien bei Engpässen des Lebens zur Seite stehen

In Anbetracht der sich oft rasch verändernden Lebensweisen, kommt es immer häufiger vor, dass Frauen und Männer, sich vorübergehend in einer Notlage befinden, die sie in die Armut abgleiten lässt. Eine Trennung, eine Scheidung, der Verlust des Arbeitsplatzes oder gesundheitliche Schwierigkeiten... können Gründe für solch dramatische Ausrutscher sein.

Neben einer ganzen Reihe von Maßnahmen, die die Solidarität und den sozialen Zusammenhalt verstärken (Erhöhung der Kaufkraft, Ermutigung zur Familienschlichtung bei familiären Konflikten, Kampf gegen sozialen und schulischen Ausstieg, Vermeidung von Gewalt gegen ältere Menschen, Alimentenfonds, ...) muss das soziale Sicherungssystem den neuen Bedürfnissen und sozialen Gegebenheiten angepasst werden, insbesondere indem die Sozialrechte individualisiert werden und eine Pflegeversicherung eingeführt wird.

III. DEMOKRATIE UND ZUSAMMENLEBEN

Ein Marschallplan der Transparenz politischer Praktiken, gegen Ämtlifresser und Sesselkleber

Eine gute Regierungsführung setzt Folgendes voraus: weniger Ämterhäufung, verantwortungsbewusste PolitikerInnen, das Ende der Interessenkonflikte, eine Evaluation der öffentlichen Politik in allen Bereichen, vermehrte Zusammenarbeit zwischen Föderalstaat, Regionen und Gemeinschaften mit Blick auf mehr Effizienz (indem wir eine gewisse Anzahl unserer Abgeordneten in einem einzigen Wahlkreis wählen), Geschäftsführungsverträge für alle öffentlichen Institutionen, Investitionen in zukunftsträchtige Sektoren (Schule, Kultur, Forschung, ...), eine aktivere Staatsbürgerschaft, mehr Mitspracherecht für die BürgerInnen (neue Verfahren der Bürgerbeteiligung, Volksbefragungen, Referendum). Jeder Euro muss im Dienste der Allgemeinheit eingesetzt werden.

Endlich klare, objektive und transparente Kriterien für die Migrationspolitik festlegen und eine bessere weltweite demokratische Gouvernanz fördern

Die absolute Misere, in der heute 2 Milliarden Menschen leben, ist die größte Ungerechtigkeit unserer globalisierten Welt. In einer globalisierten Welt, wo die Regeln der weltweiten demokratischen Gouvernanz durch die reichen Länder diktiert werden, muss der Willkür ein Ende gesetzt und Völkerwanderung aus dem Blickwinkel einer langfristigen Entwicklung zum gegenseitigen Nutzen betrachtet werden. Belgien wird klare und objektive Kriterien erarbeiten und anwenden, Kriterien, die allen bekannt sind und die den Zugang zu unserem Land, den Aufenthalt, die Ausweisung, den subsidiären Schutz, die Einsetzung einer unabhängigen Regularisierungskommission beinhalten. Geschlossene Zentren wird es nicht mehr geben.

Allein oder gemeinsam mit andern europäischen Partnern verpflichtet sich Belgien, die Funktionsweise der internationalen Finanzinstitute und die Regulierung des Welthandels mit dem Ziel, die Ungleichheiten zu verringern, die die Entwicklung der Länder des Südens belasten, zu

revidieren und zu reformieren. Belgien wird seine Entwicklungszusammenarbeit intensivieren und nach den Prinzipien der Nachhaltigen Entwicklung ausrichten.

Respektvoll und angstfrei zusammen leben

Überall, am Arbeitsplatz, in der Familie, zu Hause, in Bus und Bahn, in der Schule und auf der Straße als Person und in seinen Entscheidungen respektiert zu werden, ist wohl ein elementares Menschenrecht.

Um dieses hehre Ziel zu erreichen, gilt es, in Vorbeugung und Vermittlung, in die Unterstützung der Akteure im Sozialbereich, in den interkulturellen Dialog, in eine Justiz, die zugänglicher ist und vor allem schneller Entscheidungen trifft, in eine offene und effiziente Verwaltung, in eine bürgernahe Polizei und in den Dialog mit der Arbeitswelt, in Höflichkeit und Sicherheit im Verkehr, in den Kampf gegen jede Form der Diskriminierung, in die Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen, in den Kampf gegen die Großkriminalität, auch im Zusammenhang mit Finanztransaktionen, zu investieren.